Stand: 13.09.2026 14:03:56

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/10518

"Änderungsantrag Haushaltsplan 2026/2027; hier: Zuschuss an die Medizinische und Trauma-Fachstelle für Geflüchtete der Stadt Nürnberg (Kap. 03 12 Tit. 685 54)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/10518 vom 19.02.2026
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/11323 des HA vom 17.03.2026
3. Beschluss des Plenums 19/11659 vom 22.04.2026
4. Plenarprotokoll Nr. 76 vom 22.04.2026 (EPL 3)

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 19.02.2026 **Drucksache** 19/**10518**

Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan, Tim Pargent, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Andreas Hanna-Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuschuss an die Medizinische und Trauma-Fachstelle für Geflüchtete der Stadt Nürnberg
(Kap. 03 12 Tit. 685 54)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 03 12 wird der Ansatz im Tit. 685 54 (Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen) für das Jahr 2026 von 0 Euro um 331,5 Tsd. Euro auf 331,5 Tsd. Euro erhöht.

In Kap. 03 12 wird der Ansatz im Tit. 685 54 (Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen) für das Jahr 2027 von 0 Euro um 331,5 Tsd. Euro auf 331,5 Tsd. Euro erhöht.

Begründung:

Als Sachgebiet des Gesundheitsamts betreibt die Stadt Nürnberg seit mehreren Jahren die Medizinische und Trauma-Fachstelle für Geflüchtete. Diese stellt eine besondere Anlaufstelle zur medizinischen, psychologischen, psychotherapeutischen und psychiatrischen Versorgung in der Stadt dar. Ein internationales Team aus Ärztinnen und Ärzte sowie medizinischen Fachangestellten bietet neben den gesetzlich vorgeschriebenen Erstuntersuchungen und Impfungen auch Sprechstunden für Geflüchtete an und betreut polizeilich auffällig gewordene Geflüchtete. Viele der Hilfesuchenden sind physisch und psychisch extrem vorbelastet und können in der Fachstelle niedrigschwellig Hilfe bekommen. Durch Sprachmittlung werden Fehldiagnosen und aufwändige Untersuchungen vermieden und es kann schneller Vertrauen aufgebaut werden. Die Fachstelle dient hierbei als Brückenbauer, berät und übernimmt in schwierigen Fällen das Case-Management.

Die psychiatrische und psychotherapeutische Arbeit der Trauma-Fachstelle leistet somit sowohl Gewaltprävention und ermöglicht außerdem eine schnellere und bessere Integration der Geflüchteten, da psychische Erkrankungen unter anderem ein erhebliches Hindernis für das Erlernen der Sprache und die Integration insgesamt darstellen.

Zum 31.12.2024 lebten 149 645 Menschen mit nichtdeutscher Staatsbürgerschaft in Nürnberg, davon befanden sich 890 noch im laufenden Asylverfahren, 682 Personen hatten eine Duldung. Mit 13 169 Personen machten außerdem ukrainische Staatsangehörige einen nicht unerheblichen Teil aus.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Geflüchtete sind durch ihre Erlebnisse vor, während und nach der Flucht einem erhöhten Risiko für psychische Erkrankungen ausgesetzt. Am häufigsten ist hierbei die Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS). Eine Metaanalyse aller Studien, die zwischen 1990 und 2014 die Häufigkeit von PTBS bei Geflüchteten untersucht haben, hat ergeben, dass die Mindesthäufigkeit für PTBS bei 16 bis 23 Prozent liegt. Daneben treten vor allem Depressionen, Angststörungen, psychosomatische Erkrankungen und Suchterkrankungen bei Geflüchteten häufig auf.

Mithilfe speziell geschulter Sprach- und Kulturmittlerinnen und Sprach- und Kulturmittlern können die Ärztinnen und Ärzte sowie Therapeutinnen und Therapeuten der Fachstelle Trauma den besonderen Bedürfnissen der Zielgruppe mit ihrer oft komplexen Vorgeschichte besser gerecht werden als niedergelassene Ärztinnen und Ärzte, zu denen sehr häufig auch kein Zugang besteht und die darüber hinaus meist keine Kapazitäten haben. Hierbei arbeitet die Fachstelle vor allem nach humanitären Modellen der Notfallpsychologie und bietet Akutinterventionen wie z. B. eine offene Psychoedukationsgruppe an. Die in den letzten Jahren aufgebaute Expertise der Fachkräfte ist somit von unschätzbarem Wert.

Aktuell verfügt die Fachstelle über 5,5 Stellen für Ärztinnen und Ärzte sowie medizinische Fachangestellte und Verwaltungspersonal. Da die ärztlichen Kapazitäten in der Fachstelle zur Versorgung nicht ausreichen, werden zusätzlich Allgemeinmedizinerinnen und Allgemeinmediziner, Psychiaterinnen und Psychiater, Kinder- und Jugendpsychiaterinnen und Kinder- und Jugendpsychiater, sowie Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten auf Honorarbasis eingesetzt. Drei Stellen für Ärztinnen und Ärzte, Psychologinnen und Psychologen sowie Psychiaterinnen und Psychiater konnten 2025 dauerhaft im Stellenplan der Stadt verankert werden. Dies war dadurch möglich, dass die Kosten für Leistungen aus dem allgemeinmedizinischen Part, der u.a. die verpflichtenden Erstuntersuchungen von Geflüchteten umfasst, rückerstattet werden. Diese Untersuchungen übernimmt die Fachstelle auf Weisung der Regierung von Mittelfranken. 2024 umfassten die dadurch gewonnenen Rückerstattungen rund 43.000 Euro.

Insgesamt belaufen sich die jährlichen Gesamtkosten für die Fachstelle auf rund 663.000 Euro. Davon entfallen 234.257,25 Euro auf Personalkosten für die erstattungsfähigen Pflichtaufgaben. Die freiwilligen Leistungen, zu denen vor allem die Versorgung der psychisch Erkrankten gehört, belaufen sich auf 221.757,25 Euro an Personalkosten. Der Restbetrag entfällt auf die Miete der Räume in der Lina-Ammon-Straße, die oben genannten Honorarkosten sowie Materialien. Auch wenn in den vergangenen Jahren bereits an vielen Stellen Kosten eingespart wurden (z. B. Reduzierung der Stunden für Verwaltungspersonal und Umzug in stadteigene Räume), kann die Stadt Nürnberg die Summe für die nicht minder wichtigen freiwilligen Leistungen aufgrund der angespannten Haushaltslage nicht alleine aufbringen. Zuletzt wurden im Gesundheitsamt sogar Stellen gestrichen. Erschwerend kommt hinzu, dass Ende 2026 der Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD-Pakt) ausläuft. Eine Finanzierung über das Jahr 2026 hinaus ist ohne Zuschüsse also fraglich. Mit der medizinischen und Trauma-Fachstelle nimmt Nürnberg jedoch eine bundesweite Vorreiterrolle ein. Ihr Fortbestand ist nicht nur aus gesundheitlicher Perspektive sinnvoll. Wenn durch die dort angebotene psychotherapeutische, psychologische und psychiatrische Betreuung Gewaltprävention und eine gute Integration von Geflüchteten gelingen, werden so langfristig Mittel eingespart. Es wird daher beantragt, dass der Freistaat durch die Übernahme der Hälfte der jährlichen Gesamtkosten i. H. v. 331.000 Euro zum dauerhaften Erhalt der Fachstelle beiträgt. U. a. nach der Gewalttat eines Geflüchteten Afghanen in Aschaffenburg im Januar 2025 haben sich die Innenminister der Länder selbst dafür ausgesprochen, bei der präventiven psychosozialen Versorgung von Geflüchteten neue Wege zu gehen. Genau diese Arbeit leistet die Fachstelle Trauma. Mit ihrer Weiterfinanzierung kann der Freistaat seiner integrationspolitischen Pflicht nachkommen.

Beschlussempfehlung mit Bericht 19/11323 des HA vom 17.03.2026

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 22.04.2026 **Drucksache** 19/**11659**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Die nachstehend genannten Änderungsanträge zum Epl. 03 werden abgelehnt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Überstundenabbau bei der Polizei
   (Kap. 03 02 neuer Tit.)
   Drs. 19/10513, 19/11323

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Kosten des Integrationsbeauftragten
   (Kap. 03 03 Tit. 536 02)
   Drs. 19/10514, 19/11323

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Anhebung der Mittel für Vereinspauschale
   (Kap. 03 03 Tit. 684 91)
   Drs. 19/10515, 19/11323

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Personelle Ausstattung der Verwaltungsgerichte verbessern
   (Kap. 03 06 Tit. 422 01)
   Drs. 19/10516, 19/11323

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Sprachkurse flächendeckend ermöglichen
   (Kap. 03 12 Tit. 684 58)
   Drs. 19/10517, 19/11323

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Zuschuss an die Medizinische und Trauma-Fachstelle für Geflüchtete der Stadt Nürnberg
   (Kap. 03 12 Tit. 685 54)
   Drs. 19/10518, 19/11323

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Psychosoziale Zentren nachhaltig finanziell sichern
   (Kap. 03 12 Tit. 685 54)
   Drs. 19/10519, 19/11323

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Keine weitere Finanzierung von Sicherheitswachten
   (Kap. 03 18 Tit. 427 76 u. 547 76)
   Drs. 19/10520, 19/11323

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Sanierung der Dienststellen der Landespolizei – kleine Baumaßnahmen
   (Kap. 03 18 Tit. 701 01)
   Drs. 19/10521, 19/11323

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Sanierung der Dienststellen der Landespolizei – staatlicher Hochbau
    (Kap. 03 18 Tit. 710 00)
    Drs. 19/10522, 19/11323

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Sanierung der Dienststellen der Bereitschaftspolizei – staatlicher Hochbau
    (Kap. 03 20 Tit. 710 00)
    Drs. 19/10523, 19/11323

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Sanierung der Dienststellen der Bereitschaftspolizei – kleine Baumaßnahmen
    (Kap. 03 20 Tit. 701 01)
    Drs. 19/10524, 19/11323

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Vollständige Helfergleichstellung für ehrenamtliche Einsatzkräfte in Rettungsdienst und Katastrophenschutz
    (Kap. 03 24 Tit. 671 03)
    Drs. 19/10525, 19/11323

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Sirenen-System in Bayern weiter ausbauen
(Kap. 03 24 Tit. 883 04)
Drs. 19/10526, 19/11323

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Arif Taşdelen, Christiane Feichtmeier u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Vereinspauschale erhöhen
(Kap. 03 03 Tit. 685 91)
Drs. 19/10527, 19/11323

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Horst Arnold, Christiane Feichtmeier u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Mehr Richterinnen und Richter an Verwaltungsgerichten nach jahrelangem Stillstand
(Kap. 03 06 Tit. 422 01)
Drs. 19/10528, 19/11323

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Arif Taşdelen, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Verstärkung der Kreisverwaltungsbehörden
(Kap. 03 09 Tit. 428 01)
Drs. 19/10529, 19/11323

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Horst Arnold, Christiane Feichtmeier u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Mittel für die Finanzierung von 10 neuen Stellen für das Landesamt für Datenschutzaufsicht
(Kap. 03 10 Tit. 422 01)
Drs. 19/10530, 19/11323

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Dienstkleidungszuschüsse erhöhen
(Kap. 03 18 Tit. 514 12)
Drs. 19/10531, 19/11323

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Polizeidienststellen sanieren
(Kap. 03 18 Tit. 701 01)
Drs. 19/10532, 19/11323

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: effektive Drohnenabwehr
(Kap. 03 18 Tit. 812 01)
Drs. 19/10533, 19/11323

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Unterstützung der Feuerwehren
(Kap. 03 23 Tit. 883 01)
Drs. 19/10534, 19/11323

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Katastrophenschutzlager ausbauen
(Kap. 03 24 Tit. 518 01)
Drs. 19/10535, 19/11323

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Bayern muss resilient sein – Katastrophenschutz stärken
(Kap. 03 24 Tit. 893 05)
Drs. 19/10536, 19/11323

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Arif Taşdelen, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD),
Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel u.a.
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Institutionelle Förderung einer Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY)
(Kap. 03 12 neue TG)
Drs. 19/10537, 19/11323

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Umbenennung des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration
(Kap. 03 01 neuer Tit.)
Drs. 19/10538, 19/11323

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung –
Kosten des Integrationsbeauftragten
(Kap. 03 03 Tit. 536 02)
Drs. 19/10539, 19/11323

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Bündnis für Toleranz
(Kap. 03 03 Tit. 547 07)
Drs. 19/10540, 19/11323

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Förderung der Ausreise von ausländischen Staatsangehörigen durch das Bund/Länder-Programm „REAG/GARP“
(Kap. 03 03 Tit. 671 01)
Drs. 19/10541, 19/11323

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Förderung der Rückkehrberatung sowie von Rückkehrförder- und Reintegrationsprojekten
(Kap. 03 03 Tit. 684 01)
Drs. 19/10542, 19/11323

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Ausrüstung der Bayerischen Polizei mit unbemannten Luftfahrtsystemen (Drohnen)
(Kap. 03 03 neuer Tit.)
Drs. 19/10543, 19/11323

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Maßnahmen zur Unterstützung des Engagements für Einsatzveteranen
(Kap. 03 03 neuer Tit.)
Drs. 19/10544, 19/11323

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Anschaffung von Schnittschutzschals für die Bayerische Polizei
(Kap. 03 03 neuer Tit.)
Drs. 19/10545, 19/11323

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Flächendeckende Ausstattung der Bayerischen Polizei mit Distanz-Elektroimpulsgeräten (DEIG/Taser)
(Kap. 03 03 neuer Tit.)
Drs. 19/10546, 19/11323

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Stellen an den Verwaltungsgerichten I: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 03 06 Tit. 422 01)
Drs. 19/10547, 19/11323

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Stellen an den Verwaltungsgerichten II: Entgelte der Arbeitnehmer (Kap. 03 06 Tit. 428 01)
Drs. 19/10548, 19/11323

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Aufbau der Asyl-, Fahndungs- und Abschiebegruppe (AFA) bei der Bayerischen Polizei (Kap. 03 11 neuer Tit.)
Drs. 19/10549, 19/11323

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Bayerisches Zentrum für Remigration (Kap. 03 11 neuer Tit.)
Drs. 19/10550, 19/11323

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Förderung von weiteren Integrationsangeboten im Sinne des § 45 AufenthG (Kap. 03 12 Tit. 684 52)
Drs. 19/10551, 19/11323

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds I: Beratung und Betreuung von Asylbewerbern, sonstigen Ausländern und bleibeberechtigten Zuwanderern (Kap. 03 12 TG 54 - 56)
Drs. 19/10552, 19/11323

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds II: Maßnahmen zur Erstorientierung, Wertevermittlung und Sprachförderung für Asylbewerber und sonstige Ausländer, bleibeberechtigte Zuwanderer sowie weitere Integrationsbedürftige (Kap. 03 12 TG 58)
Drs. 19/10553, 19/11323

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds III: Maßnahmen zur Förderung von Ausbildung und Arbeit im Bereich der Integration (Kap. 03 12 TG 61)
Drs. 19/10554, 19/11323

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds IV: Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände für Fachaufgaben, Wartung
(Kap. 03 13 Tit. 511 22)
Drs. 19/10555, 19/11323

44. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds V:
Gemeinschaftsverpflegung und Verbrauchsmittel
(Kap. 03 13 Tit. 514 21 u. Kap. 03 13 Tit. 514 22)
Drs. 19/10556, 19/11323

45. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds VI:
Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude, Räume
(Kap. 03 13 Tit. 517 01)
Drs. 19/10557, 19/11323

46. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds VII:
Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft
(Kap. 03 13 Tit. 517 05)
Drs. 19/10558, 19/11323

47. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds VIII: Ausgaben für Sicherheit
(Kap. 03 13 Tit. 517 11)
Drs. 19/10559, 19/11323

48. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds IX:
Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume
(Kap. 03 13 Tit. 518 01)
Drs. 19/10560, 19/11323

49. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds X: Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen
(Kap. 03 13 Tit. 519 01)
Drs. 19/10561, 19/11323

50. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds XI: Ausweichunterbringung (Kap. 03 13 Tit. 533 02)
Drs. 19/10562, 19/11323

51. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds XII: Maßnahmen zur Verbesserung der medizinischen Versorgung von Leistungsberechtigten nach dem AsylbLG u. Datenerfassung (Kap. 03 13 Tit. 534 02 u. 534 03)
Drs. 19/10563, 19/11323

52. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds XIII: Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Kap. 03 13 Tit. 633 01 u. Tit. 633 10)
Drs. 19/10564, 19/11323

53. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds XIV: Transportkosten für die Weiterleitung der Bewohner der Unterkünfte (Kap.03 13 Tit. 671 01)
Drs. 19/10565, 19/11323

54. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds XV: Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Kap. 03 13 Tit. 701 01)
Drs. 19/10566, 19/11323

55. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds XVI: Bezahlkarte (Kap. 03 13 Tit. 812 02 u. 812 35)
Drs. 19/10567, 19/11323

56. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds XVII: Erwerb von bebauten und unbebauten Grundstücken für die Asylunterbringung (Kap. 03 13 Tit. 821 01 u. 822 01)
Drs. 19/10568, 19/11323

57. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter beim Landeskriminalamt
(Kap. 03 17 Tit. 422 01)
Drs. 19/10569, 19/11323

58. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Stellen bei der Landespolizei I: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 03 18 Tit. 422 01)
Drs. 19/10570, 19/11323

59. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Stellen bei der Landespolizei II: Entgelte der Arbeitnehmer
(Kap. 03 18 Tit. 428 01)
Drs. 19/10571, 19/11323

60. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Neubau eines Dienstgebäudes für die Polizeiinspektion Aschaffenburg
(Kap. 03 18 neuer Tit.)
Drs. 19/10572, 19/11323

61. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Stellen bei der Bereitschaftspolizei – Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 03 20 Tit. 422 01)
Drs. 19/10573, 19/11323

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß
Abg. Daniel Artmann
Abg. Andreas Jurca
Abg. Christian Lindinger
Abg. Florian Siekmann
Abg. Holger Dremel
Abg. Christiane Feichtmeier
Abg. Jörg Baumann
Abg. Bernhard Heinisch
Staatsminister Joachim Herrmann
Abg. Florian Köhler

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Haushaltsplan 2026/2027

Einzelplan 03

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 19/10513 mit 19/10526)
Änderungsanträge der SPD-Fraktion (Drsn. 19/10527 mit 19/10536)
Interfraktioneller Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 19/10537)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 19/10538 mit 19/10573)
Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion (Drsn. 19/10574 mit 19/10580, 19/10626 und 19/10627)
Interfraktionelle Änderungsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 19/10581 mit 19/10594, 19/10655 mit 19/10662 und 19/10804)

Auch für diesen Einzelplan beträgt die Gesamtredezeit nach der Festlegung im Ältestenrat 45 Minuten. Die Redezeiten sind Ihnen ja bekannt.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu ihren Änderungsanträgen auf den Drucksachen 19/10513, 19/10515 und 19/10525 jeweils namentliche Abstimmung beantragt hat. Zudem weise ich darauf hin, dass die SPD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 19/10532 Einzelabstimmung in einfacher Form beantragt hat.

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner steht bereits am Rednerpult: Kollege Daniel Artmann für die CSU-Fraktion. Herr Kollege, bitte schön.

(Beifall bei der CSU)

Daniel Artmann (CSU): Herr Vizepräsident, sehr geehrter Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Investieren, konsolidieren und reformieren – das ist der Dreiklang, der diesen Haushalt prägt. Das Innenministerium statten wir mit diesem Einzelplan solide aus: Für 2026 stehen Ausgabemittel von rund 8,6 Milliarden Euro bereit, für 2027 von rund 8,7 Milliarden Euro. Das sind beeindruckende Summen, aber entscheidend ist ja nicht die Höhe der Zahlen, sondern das, was wir damit für die Menschen in Bayern erreichen.

Beginnen wir mit dem Herzstück, der inneren Sicherheit. Bayern ist und bleibt das sicherste Bundesland. Wir verzeichnen die niedrigste Kriminalitätsbelastung seit 1978. Mit einer Aufklärungsquote von 66 % stehen wir an der Spitze aller Bundesländer. Das kommt eben nicht von ungefähr, sondern ist das Ergebnis jahrelanger konsequenter Investitionen in unsere Polizei. Seit 2008 haben wir knapp 8.700 zusätzliche Stellen bei der Polizei geschaffen. Im vergangenen Jahr haben wir mit über 45.700 Stellen eine neue Höchstmarke erreicht. Und wir machen weiter: Mit diesem Doppelhaushalt kommen 200 zusätzliche Stellen hinzu.

Aber, meine lieben Kolleginnen und Kollegen: Personal allein genügt nicht. Unsere Polizistinnen und Polizisten brauchen auch die beste Ausstattung. Deshalb stehen rund 1,3 Milliarden Euro für den Sach- und Bauhaushalt der Polizei bereit. Davon fließen in den nächsten beiden Jahren jährlich etwa 50 Millionen Euro in die Drohnendetektion und -abwehr. Weitere 145 Millionen Euro investieren wir insgesamt in die Erneuerung unserer Hubschrauberflotte.

Sicherheit hört aber nicht bei der Polizei auf. Auch unsere Feuerwehren, die Rettungsdienste und der Katastrophenschutz leisten je Tag für Tag Unverzichtbares für unser Land und seine Bürger. Für sie stehen im Doppelhaushalt über 433 Millionen Euro bereit. Dazu kommen in diesem Jahr 20 Millionen Euro aus dem Bundessondervermögen gezielt für Katastrophenschutz und Rettungsdienste.

Ein echter Meilenstein, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die Einrichtung des neuen Landesamts für Bevölkerungsschutz. Damit bündeln und verzahnen wir die bewährten Strukturen von Feuerwehr, Rettungs- und Hilfsorganisationen sowie Katastrophen- und Zivilschutz auf Landesebene. So können wir noch schneller und besser auf Großschadenslagen, Katastrophen und veränderte geopolitische Bedrohungslagen reagieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sicherheit und Ordnung brauchen eine Verwaltung, die funktioniert. Genau hier setzen wir den nächsten Schwerpunkt. Die Verwaltungen vor Ort werden mit knapp 250 zusätzlichen Stellen für die Landratsämter gestärkt. Das ist auch ein klares Signal an unsere Kommunen; denn die Landratsämter sind die Stelle, an der die Menschen dem Staat begegnen. Wer hier investiert, investiert in Bürgernähe.

Und ja, auch wir hätten uns noch mehr vorstellen können, sind aber auch in diesem Einzelplan aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Lage Zwängen unterworfen.

Auch bei der Fachkräfteeinwanderung gehen wir voran. Die Zentrale Stelle für die Einwanderung von Fachkräften und die Koordinierungsstelle Berufsanerkennung werden personell weiter ausgebaut. So beschleunigen wir die Verfahren und geben unseren bayerischen Unternehmen die bestmögliche Unterstützung bei der Gewinnung ausländischer Fachkräfte.

Kommen wir jetzt zum größten einzelnen Sachkostenblock dieses Haushalts: Asyl und Integration. Für 2026 sind rund 2,2 Milliarden Euro eingeplant, für 2027 rund 2,1 Milliarden Euro. Aber, und das ist die gute Nachricht: Die von Bayern lange und nachdrücklich geforderte Migrationswende greift endlich. Die aktuelle Bundesregierung liefert, was sie versprochen hat. 2025 sind 57 % weniger Asylbewerber nach Bayern gekommen als noch 2024. Der Zugang hat sich damit mehr als halbiert. Das wirkt sich natürlich auch unmittelbar auf den Haushalt aus. Die Mittel für Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern können erstmals seit Beginn der Flüchtlingskrise vor

zehn Jahren um 500 Millionen Euro gesenkt werden. Das ist das Ergebnis konsequenter Unionspolitik: humanitäre Verantwortung verbunden mit klaren ordnungspolitischen Regeln.

Zum Schluss ein Thema, das mir persönlich besonders am Herzen liegt: der Sport. Sport hält gesund, bringt Menschen zusammen und stärkt den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Die Mittel für den Breiten- und Nachwuchsleistungssport bleiben auf historisch hohem Niveau mit über 100 Millionen Euro jährlich. Für den vereinseigenen Sportstättenbau stehen in den kommenden zwei Jahren jeweils über 25 Millionen Euro zur Verfügung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Haushalt steht für ein sicheres Bayern, für eine bürgernahe Verwaltung, für eine konsequente Migrationspolitik und für ein lebendiges Sportland. Ich bitte Sie um Zustimmung für ein Bayern, das sicher, stark und sozial bleibt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner: Kollege Andreas Jurca für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Jurca (AfD): Werter Herr Vizepräsident, wertes Präsidium, werte Kollegen! Wir sprechen über den Haushalt des Innenministeriums. Das ist einer der Bereiche, in denen sich ziemlich direkt zeigt, ob der Staat im Alltag funktioniert, ob er also Sicherheit, Ordnung und Verwaltung nicht nur verspricht, sondern auch tatsächlich hinbekommt.

Wenn man sich die Zahlen anschaut, sieht man: Die Ausgaben steigen deutlich von 6,57 Milliarden Euro im Jahr 2021 auf 8,65 Milliarden Euro im Jahr 2027. Das ist ein Zuwachs von gut 31,7 %. Einen erheblichen Anteil daran hat der Zuwanderungs- und Integrationsfonds, der in diesem Doppelhaushalt erneut mit mehr als 5,3 Milliarden

Euro veranschlagt ist. Genau deshalb muss man sich die Frage stellen: Wofür wird dieses Geld eigentlich eingesetzt? Denn mehr Geld allein bedeutet noch nicht automatisch mehr Ordnung. Es kommt darauf an, ob die Mittel auch dort ankommen, wo der Staat konkret handlungsfähiger werden will.

Aus unserer Sicht braucht es da eine andere Schwerpunktsetzung. Wir wollen zusätzliche Stellen bei der Polizei und schnellere und klarere Verfahren im Bereich der Ausreisepflicht. Wir wollen die Abläufe insgesamt besser organisieren; denn häufig scheitert es ja nicht zuerst am fehlenden Paragrafen, sondern ganz schlicht daran, dass Zuständigkeiten zersplittert sind, Informationen nicht zusammenlaufen und Verfahren zu lange dauern. Deshalb schlagen wir den Aufbau einer Asyl-, Fahndungs- und Abschiebegruppe vor. Das klingt zunächst technisch, ist aber am Ende etwas sehr Praktisches und natürlich auch Werbewirksames. Bessere Koordination, weniger Reibungsverluste, schnellere Abläufe, oder etwas einfacher gesagt: weniger Behördenstaffellauf, mehr zielgerichtetes Arbeiten und auch eine klare Message an die Welt.

Dass hier Handlungsbedarf besteht, liegt auf der Hand. Ende Juli 2025 lebten in Bayern rund 24.700 vollziehbar ausreisepflichtige Personen. Wenn weitere sichere Herkunftsstaaten anerkannt werden, dann reden wir perspektivisch nicht über weniger, sondern über deutlich mehr Fälle.Der Staat muss in der Lage sein, geltendes Recht nicht nur zu beschließen, sondern auch umzusetzen. Deshalb sagen wir auch klar: Der Zuwanderungs- und Integrationsfonds sollte massiv gekürzt werden. Diese Mittel sollten stärker in diejenigen Bereiche fließen, in denen staatliche Handlungsfähigkeit ganz konkret gesichert wird. Natürlich kommt dann sofort das Gegenargument, dass in diesem Fonds auch Bundesmittel stecken. Das stimmt formal; aber wenn der Bundesanteil bei weniger als 160 Millionen Euro liegt, ist das gemessen am Gesamtvolumen nicht der entscheidende Punkt. Entscheidend ist, ob wir mit diesen Milliarden tatsächlich Probleme lösen oder ob wir sie nur mit immer mehr Geld begleiten. Dazu wird mein Kollege Jörg Baumann noch mehr ausführen.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herr Kollege Christian Lindinger.

Christian Lindinger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Innenminister! Wenn wir uns heute über den Einzelplan 03 des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration zuwenden, dann betreten wir ein Feld, das mehr ist als ein Zahlenwerk und Haushaltsarithmetik. Wir betreten das sicherheitspolitische Herz unseres Freistaats. Ausgehend von 8,9 Milliarden Euro im Jahr 2025 haben wir im Jahr 2026 8,6 Milliarden Euro und im Jahr 2027 8,65 Milliarden Euro in den Haushalt eingestellt. Dabei zeigt sich, dass dieser Haushalt kein rauschendes Füllwerk, sondern ein Werk der Disziplin und der Konsolidierung ist. Die Notwendigkeit dazu habe ich bereits in meiner Rede zum Einzelplan 04 ausgeführt. Diese Ausführungen gelten unverändert.

Meine Damen und Herren, selbst in Zeiten des Maßhaltens dürfen wir den Blick für das Wesentliche nicht verlieren; denn wir leben in unruhigen Gewässern. Ein Krieg tobt in der Ukraine und damit mitten in Europa, und seine Schatten reichen weiter, als uns lieb sein kann. Die Bedrohungslage ist real, sie ist greifbar, und sie verlangt Antworten. Für die Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER ist daher klar: An der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger darf nicht gespart werden. Sicherheit ist kein Luxus, sondern sie ist die Grundlage der Freiheit.

Deswegen ist es ein wichtiges Signal, dass wir in den Jahren 2026 und 2027 jeweils 50 Millionen Euro in das neue Drohnenkompetenz- und abwehrzentrum in Erding investieren. Die Bedrohung aus der Luft ist längst keine ferne Zukunftsmusik mehr. Drohnenüberflüge über europäische Gebiete und Vorfälle am Flughafen in München führen uns das eindringlich vor Augen. In einer Welt, in der Konflikte zunehmend technologisch geführt werden, muss unsere Polizei auch befähigt sein, Gefahren aus der Luft zu erkennen, zu kontrollieren und, wenn nötig, abzuwehren. Das Zentrum in Erding wird ein Bollwerk moderner Gefahrenabwehr sein und die zivile Sicherheit im Inneren stärken.

Die Sicherheit endet jedoch nicht bei der Abwehr einzelner Gefahren. Sie beginnt bei der Fähigkeit eines Staates, Krisen insgesamt zu bewältigen. Mit der Einrichtung des neuen Bayerischen Landesamtes für Bevölkerungsschutz beschreiten wir Neuland. Als erstes Bundesland wagt Bayern diesen Schritt und damit einen Schritt hin zu mehr Resilienz, zu mehr Koordination und zu mehr Handlungsfähigkeit. Wenn Polizei, Feuerwehren, Rettungsdienste und das Technische Hilfswerk im Ernstfall zusammenwirken müssen, dann braucht es klare Strukturen, schnelle Abstimmung und dafür ein starkes Zentrum. Dieses neue Landesamt wird in enger Zusammenarbeit mit unseren Kommunen, die das Rückgrat jeder Krisenbewältigung bilden, genau das leisten.

Im Verborgenen, nämlich dort, wo die Gefahren früh erkannt werden müssen, stärken wir unsere Strukturen. Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz erhält zusätzliche Mittel, um seine technische Infrastruktur zu modernisieren. In einer Zeit wachsender Datenmengen und hybrider Bedrohungen entscheidet oft die Geschwindigkeit der Auswertung über die Sicherheit unseres Landes.

Meine Damen und Herren, Sicherheit hat viele Gesichter. Sie zeigt sich auch in der Verlässlichkeit unserer Rettungsdienste, in der Ausbildung derer, die im Ernstfall Leben retten. Mit zusätzlichen Mitteln stärken wir leise, aber wirkungsvoll auch diese Strukturen. Ebenso unterstützen wir unsere Polizei durch moderne Trainingsmöglichkeiten, durch sichere IT-Infrastrukturen und durch die Investitionen in die Widerstandsfähigkeit gegenüber neuen Bedrohungsformen; denn unsere Polizistinnen und Polizisten stehen täglich an vorderster Front für Recht, Ordnung und Sicherheit.

Bei all diesen wichtigen Investitionen bleibt die Wahrheit bestehen: Dieser Haushalt ist ein Haushalt der Konsolidierung. Nicht alles Wünschenswerte kann sofort verwirklicht werden. Gerade im Bereich der Infrastruktur, etwa bei der Sanierung von Polizeigebäuden, bleibt noch viel zu tun. Deshalb richten wir unseren Blick nach vorn, nämlich auf Reformen, auf Wachstum und auf neue Spielräume in der Zukunft. Wir arbeiten bereits heute daran, diese Spielräume zu schaffen. Ein Baustein dafür ist das Bayerische Modellregionengesetz. Dabei handelt es sich um mehr als ein Gesetz; denn

es wird damit ein Experimentierraum für die Zukunft geschaffen. Kommunen werden neue Wege gehen dürfen: digitaler, unbürokratischer, innovativer. Was sich bewährt hat, kann in der Folge zum Vorbild für ganz Bayern werden. Nicht durch starres Festhalten, sondern durch mutiges Erproben entsteht Fortschritt.

Sehr geehrte Damen und Herren, dieser Haushalt ist kein einfaches Zahlenwerk. Er ist Ausdruck unserer Zeit. Er ist geprägt von Entschlossenheit, von notwendigen Einschränkungen, aber auch von klarem Gestaltungswillen. Dieser Haushalt ist ein Gesamtpaket, das Maß und Mitte wahrt und zugleich die Grundlagen für ein starkes, sicheres und widerstandsfähiges Bayern legt. Ich bitte daher um Zustimmung für den Haushaltsentwurf.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Als nächstem Redner erteile ich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herrn Kollegen Florian Siekmann das Wort.

Florian Siekmann (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleg:innen! Wir beraten heute den Haushalt für Sicherheit, Krisen- und Katastrophenschutz, aber eben auch einen Haushalt für Ehrenamt, sportliches Engagement und Integration. In der Sicherheit dürfen wir uns über die niedrigste Kriminalitätsbelastung seit Jahrzehnten freuen. Ich habe im Ausschuss Herrn Innenminister dazu gratuliert. Ich wiederhole die Gratulation auch hier und gratuliere zudem allen, die daran Anteil haben.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Holger Dremel (CSU): So ist es!)

Ich finde, darüber dürfen wir uns gemeinschaftlich freuen; aber ich sage auch: So wie es derzeit läuft, läuft es zunehmend zulasten der Polizeibeamt:innen und der Einsatzkräfte, was folgende Punkte zeigen:

Erstens. Die Tarifsteigerung soll mit sechs Monaten Verzögerung weitergegeben werden. Darunter leiden vor allem die niedrigen Besoldungsgruppen. Das sind gerade die Beamt:innen im Schicht und Wechseldienst.

Zweitens. Knapp drei Millionen Überstunden türmen sich auf den Arbeitszeitkonten. Diese Überstunden verschwinden nicht dadurch, dass sie auf Altstundenkonten verschoben werden. Auszahlungen gab es in der Vergangenheit kaum, weil es dafür keine Haushaltsmittel gab. Selbst wenn Auszahlungen angeboten worden sind, lag der Überstundensatz oft weit unter dem regulären Stundenlohn. Das war folglich überhaupt nicht interessant.

Der Ministerpräsident sagt ja gerne: Leistung muss sich wieder lohnen. – Das scheint aber nur dann zu gelten, wenn man sie nicht aus der Staatskasse zahlen muss. Wir schlagen Ihnen deswegen ein Sonderauszahlungsprogramm für unsere bayerischen Polizist:innen vor, damit die Möglichkeit besteht, dass sie sich ihre Überstunden leistungsgerecht auszahlen lassen können. Wir finden, dass es sich gehört, dass jemand, der mit Arbeit in Vorleistung getreten ist, auch die Möglichkeit haben sollte, sich diese leistungsgerecht auszahlen zu lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weiter geht es mit den Arbeitsbedingungen: Jede dritte Dienststelle ist ein Sanierungsfall. Wir reden dabei aber nicht über ein bisschen Bedarf an Tapete und Putz, sondern über ausgefallene Lüftungsanlagen in Schießanlagen.Das schadet dem Schießtraining massiv. Das ist eine Belastung für die Beamt:innen. Wir reden über Asbest und Schimmel; da geht es um Gesundheitsgefahren. Wir reden über marode Sanitärräume, wo dann im Hof Container aufgestellt werden müssen.

Ich glaube, das könnte sich in dieser Form und vor allem in dieser Fülle kein Unternehmen in Bayern leisten. Entweder hätte die BG längst zugesperrt, oder die ersten Mitarbeitenden hätten die Beine in die Hand genommen und wären schon gegangen.

Insgesamt bewegt sich das Volumen für den Sanierungsstau bei rund 600 Millionen Euro. Dazu kommen 2 Milliarden für nötige Neubauten. Mit den homöopathischen Dosen, die wir jetzt seit Jahren bei den kleinen Baumaßnahmen, bei den Sanierungsmaßnahmen im Haushalt sehen, ist das nicht zu bewerkstelligen.

Deswegen beantragen wir heute sowohl für die Landespolizei als auch für die Bereitschaftspolizei ein großes Sanierungspaket, das über die nächsten Jahre hin zu einer Verdoppelung bei den Ausgaben für die kleinen Baumaßnahmen und wirklich großen Investitionspaketen für den Neubau aufwachsen soll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das nächste Topthema ist der Bevölkerungsschutz. Er wird vor allem vom Ehrenamt getragen, vom Ehrenamt in den Feuerwehren, beim THW, bei den gemeinnützigen Hilfsorganisationen. Letztere leisten bei uns in Bayern ja auch ehrenamtlich den Berg- und den Wasserrettungsdienst.

Die Wandersaison läuft gerade an, die Bergunfälle werden zunehmen, Ehrenamtliche werden ausrücken. Der Sommer kommt, Badeseen und Flüsse werden frequentiert, die Ehrenamtlichen werden ausrücken. Wir alle hier im Saal wissen: Die nächste Katastrophe, das nächste Hochwasser wird sicher kommen – und auch dann werden die ehrenamtlichen Einsatzkräfte wieder ausrücken.

Draußen ist es aber wirklich niemandem mehr zu erklären, dass genau die Ehrenamtlichen, die Personen am Berg aus dem Absturzgelände holen, die Kinder vor dem Ertrinken retten oder die Familien vor reißenden Strömen evakuieren, für Aus- und Fortbildung noch immer privaten Urlaub nehmen müssen. Deswegen ist die Helfergleichstellung und auch deren finanzielle Umsetzung im Staatshaushalt in Bayern für 180.000 ehrenamtliche Einsatzkräfte längst überfällig.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir stellen heute den Antrag und werden ihn auch namentlich abstimmen lassen. Wir haben letztes Jahr den dazugehörigen Gesetzentwurf eingebracht; er ist von CSU und FREIEN WÄHLERN abgelehnt worden. Auf Nachfrage hat der zuständige Staatssekretär damals gesagt: Geben Sie uns also ein bisschen Zeit! – Qualität braucht Zeit, aber wenn es seriös sein soll, dann darf es auch nicht zu lange dauern. Meine Frage: Wie lange denn noch? Währenddessen kommen ja immer neue Aufgaben dazu; der Kollege von den FREIEN WÄHLERN ist darauf schon eingegangen.

Der Zivilschutz gegen äußere Bedrohungen muss wieder aufgebaut werden. Das ist eine massive Aufgabe. Das sind übrigens dieselben ehrenamtlichen Einsatzkräfte, die auch schon im Katastrophenschutz tätig sind.

Der Operationsplan Deutschland soll in den Hilfsorganisationen umgesetzt werden. Auch dafür ist die Helfergleichstellung essenziell; denn es gelten die gleichen gesetzlichen Regelungen. Eine Helfergleichstellung würde also auch den Zivilschutz massiv stärken und den notwendigen Mitteln hierfür entsprechen.

Ich freue mich übrigens, dass Sie sich über das Geld freuen, das jetzt aus Berlin für den Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes kommt. Das haben ja wir bei den Verhandlungen zur Änderung des Grundgesetzes durchgesetzt, sodass auch dieser Bereich Vorfahrt bekommt und endlich auskömmlich finanziert wird.

Ich will aber noch einmal warnen: Wenn die Helfergleichstellung jetzt im Haushalt nicht kommt, dann ist das eben auch eine Blockade, die dem Zivilschutz in Bayern auf Dauer schaden und die ihn schwächen wird. Machen Sie den Weg dafür frei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da ich beim Ehrenamt bin: Vom Ehrenamt lebt ja auch unser Sport in Bayern. Wir alle bemühen uns gerade um Olympische Spiele in Bayern. Das finde ich gut. Das ist auch richtig. Das bietet sportlich ja auch eine große Perspektive.

Die Basis für den Sport sind aber immer noch unsere Vereine. Dort wartet man gerade vergebens auf die versprochene Verdoppelung der Vereinspauschale. Hier müssen wir endlich ein kraftvolles Zeichen setzen, dass es uns mehr wert ist, wenn in den Vereinen, bei den Menschen draußen der Sport so unterstützt wird. Wir beantragen in beiden Jahren 5 Millionen mehr, um uns auf den Weg zu machen und diese Verdoppelung zumindest schrittweise einzulösen.

Ohne das Ehrenamt wäre auch die Integration kaum denkbar; dort aber nur auf das Ehrenamt zu setzen, führt auf Dauer zu Überforderung. Deshalb ist eine klare staatliche Finanzierung für Sprachkurse, für eine psychosoziale Versorgung und auch für die Ausländer- und Integrationsbeiräte wichtig.

Ich dachte ja bisher eigentlich, wir seien uns im Hohen Haus darüber einig, dass Sprachkurse der Schlüssel zu Arbeit und zu Integration sind. Wenn ich jetzt allerdings nach Berlin schaue und sehen muss, wie der CSU-Bundesinnenminister Dobrindt, obwohl Haushaltsmittel da sind, gegen den massiven Widerstand der Städte und Gemeinden Sprach- und Integrationskurse wie die Axt im Walde kurz und klein schlägt – die Volkshochschulen sind betroffen, teilweise fallen 50 % der Kurse weg –, dann verstehe ich wirklich nicht, wie das am Ende zu mehr Integration und Arbeitsaufnahme führen soll. Das ist für die Städte und Gemeinden ein Vertrauensbruch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit wird es keinen Zugang zu Beschäftigung geben. Ich höre in den Folgejahren schon die Rufe: Warum klappt das mit der Beschäftigung nicht? Warum ist der Spracherwerb nicht besser? Wieso passt das Werteverständnis bei geflohenen Menschen nicht? – Ich sagen Ihnen da heute wirklich deutlich: Wenn das in den nächsten Jahren kritisiert werden sollte, dann ist das selbstverschuldete CSU-Politik im Bund. Ihnen fehlt heute der Mut, sich dem entgegenzustellen. Wir beantragen auch für die Sprachkurse jeweils zweieinhalb Millionen Euro mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieser Haushalt lebt insgesamt stark davon, dass sich unsere Einsatzkräfte manchmal auch über das eigentlich leistbare Maß hinaus einbringen. Ich finde aber, sie sind – egal, ob ehrenamtlich oder hauptamtlich – unser größter Schatz. Deswegen haben sie mehr Wertschätzung auch finanzieller Natur verdient.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege, wir haben noch eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Holger Dremel.

Holger Dremel (CSU): Kollege Siekmann, ich habe mich nach vorne begeben, damit Sie mich besser sehen.

Nachdem Sie ein grauenhaftes Bild von Polizeidienststellen und auch eine grauenhafte Bezahlung von Polizeibeamten in Bayern zeichnen: Sie wissen, ich war selbst 30 Jahre Polizeibeamter.

Nachdem Sie sich so auskennen, sagen Sie mir doch bitte einmal, was auf dem Gehaltszettel eines Polizeibeamten in A 8 draufsteht; das ist nämlich der Polizeibeamte in der untersten Besoldung, Polizeimeister in A 7 haben wir fast keine mehr. Was verdient ein Polizeiobermeister in A 8 im Monat? – Sagen Sie mir das bitte einmal.

Wir haben die Bedingungen für die Polizei weiterhin massiv verbessert. Während meiner Zeit in der Innenpolitik und jetzt als innenpolitischer Sprecher haben wir den Zusatzdienst zu ungünstigen Zeiten verdoppelt. Sagen Sie mir einmal, was wir da jetzt pro Stunde mehr leisten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tim Pargent (GRÜNE): Wissen Sie es selbst nicht?)

– Ich weiß es, aber Sie wissen es nicht!

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das sehen wir auch gleich!)

Florian Siekmann (GRÜNE): Herr Kollege, Sie können gerne in dem Anhang mit der Besoldungstabelle nachgucken. Sie haben mir nicht gesagt, in welcher der zwölf Stufen die Person eingeordnet wird. Wissen Sie,

(Zurufe von der CSU: Oje!)

es ist ja immer so ein bisschen die Frage:

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wenn Sie jetzt sagen A 8 – von welcher Stufe reden wir?

(Unruhe – Zurufe)

– Ja, ja, ist aber so. Aber warum ich das – hören Sie zu – Thema eben aufgerufen habe, ergibt sich aus Folgendem.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Herr Präsident, ich fürchte, ich muss einen Moment warten. – Warum ich das eben aufgerufen habe, ergibt sich aus Folgendem: Abhängig davon, in welcher Ausbaustufe von A 8 die Person dann landet, ist es eben oft so, dass der Stundenlohn der Überstunden, über die ich gesprochen habe, wenn sie denn ausgezahlt werden würden, deutlich unter dem regulären Stundenlohn liegt. Das ist doch das Problem. Wir bringen die Leute in eine Situation, wo sie entweder nicht die Möglichkeit haben, sich Stunden auszahlen zu lassen, weil es sich finanziell nicht lohnt, oder sie den Freizeitausgleich nicht wahrnehmen können, weil sie ständig einspringen müssen. Beides ist nicht zufriedenstellend und wird nicht dazu beitragen, dass wir den Überstundenberg bis 2029 abgebaut haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächste Rednerin für die SPD-Fraktion: Frau Kollegin Christiane Feichtmeier, bitte.

Christiane Feichtmeier (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist das sicherste Land; das haben wir heute schon in jeder Rede gehört. Das ist der Verdienst der Menschen, die jeden Tag für unsere Sicherheit einstehen. Unserer Polizei, unseren Feuerwehren, unseren Rettungsdiensten und unseren Hilfsorganisationen gebührt dafür unser ausdrücklicher Dank.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Aber – das gehört ebenso klar dazu – Wertschätzung zeigt sich nicht nur in Worten. Wertschätzung zeigt sich in konkreten Entscheidungen. Dazu gehört eine faire Besoldung. Es kann nicht sein, dass die Übernahme des Tarifabschlusses weiterhin hinausgezögert wird. Wer Verantwortung trägt, wer rund um die Uhr für unsere Sicherheit da ist, der hat Anspruch auf eine angemessene Bezahlung – und zwar jetzt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der Einzelplan 03 umfasst im Jahr 2026 rund 8,6 Milliarden Euro. Mehr als die Hälfte, ungefähr 56 %, fließen in die Polizei, insgesamt rund 60 % in Personal. Das zeigt: Sicherheit ist personalintensiv, Sicherheit lebt von Menschen.

Ich möchte gerne noch auf den Vorwurf der CSU von gestern eingehen: Die SPD habe nicht verstanden, in welchen Zeiten wir leben. – Ich sage Ihnen ganz klar: Wir haben sehr wohl verstanden, in welchen Zeiten wir leben. Genau deshalb gehen wir verantwortungsvoll mit den Geldern um. Wir setzen klare Prioritäten. Wir investieren dort, wo es wirklich notwendig ist – in Personal, in Ausstattung und in funktionierende Strukturen.

Sicherheitspolitik darf kein Wunschkonzert sein, sondern muss sich an den realen Herausforderungen orientieren. Statt das Geld gezielt und nachhaltig einzusetzen, erhöhen Sie Ihre sogenannte Fraktionsinitiative auf mittlerweile 110 Milliarden Euro.

(Martin Wagle (CSU): Wahnsinn!)

– Entschuldigung, 110 Millionen Euro. Ich weiß, 110 Milliarden wären für Sie noch viel, viel schöner. Mit 110 Millionen Euro kann jeder Abgeordnete der Regierungsfraktionen sein persönliches Lieblingsprojekt verwirklichen.Das ist keine strategische Sicherheitspolitik, sondern Klientelpolitik. Während Sie dieses Spielgeld verteilen, bleiben die echten Probleme ungelöst.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte deshalb noch einmal klar unsere Forderungen benennen: Erstens brauchen wir eine echte Stärkung von Sport und Ehrenamt. Die Vereinspauschale muss endlich verdoppelt werden, wie es im Koalitionsvertrag versprochen wurde.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Unsere Vereine sind das Rückgrat des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Sie verdienen verlässliche und faire Unterstützung statt projektbezogener Einzelzuwendungen.

Zweitens brauchen wir mehr Personal in der Justiz und in der Verwaltung. Wir brauchen mehr Richterinnen und Richter an den Verwaltungsgerichten, eine Stärkung der Kreisverwaltungsbehörden und zusätzliche Stellen beim Landesamt für Datenschutzaufsicht. Ein handlungsfähiger Staat zeigt sich auch an der Leistungsfähigkeit seiner Behörden.

(Beifall bei der SPD)

Drittens brauchen wir eine bessere Ausstattung unserer Polizei. Dazu gehören nicht nur höhere Dienstkleidungszuschüsse, sondern vor allem die dringend notwendige Sanierung der Polizeidienststellen und eine moderne und wirksame Sicherheitsinfrastruktur, etwa bei der Drohnenabwehr.

(Beifall bei der SPD)

Viertens müssen wir den Katastrophenschutz und die Hilfsorganisationen konsequent stärken. Das bedeutet: endlich die Helfergleichstellung, ausreichend Katastrophen-

schutzlager und ein flächendeckendes Sirenensystem. Sicherheit in Krisen darf kein Zufallsprodukt sein.

(Beifall bei der SPD)

Fünftens müssen wir unsere Feuerwehr nachhaltig unterstützen. Wir sollten das nicht mit symbolischen Einzelmaßnahmen, sondern mit einer echten Verbesserung ihrer Ausstattung tun, wie wir es mit zusätzlichen 10 Millionen Euro veranschlagt haben.

Meine Damen und Herren, schauen wir kurz auf die Realität. Bei der Polizei haben wir bei den Dienststellen einen Sanierungsstau in Höhe von 2,6 Milliarden Euro. Gleichzeitig finanzieren Sie aus einem Sondervermögen des Bundes Drohnen im Umfang von 100 Millionen Euro, ohne eigenes Geld in die Hand zu nehmen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Wagle (CSU))

Beim Zivilschutz fehlen weiterhin grundlegende Dinge. Es gibt noch keine Helfergleichstellung. Es gibt zu wenige Katastrophenschutzlager. Sirenen fehlen. Positiv will ich ausdrücklich herausstellen: Es ist gut, dass es endlich Geld für private Rettungshundestaffeln gibt. Das ist eine langjährige Forderung der SPD. Insgesamt bleibt der Haushalt aber hinter den Anforderungen zurück. Das gilt auch bei den Feuerwehren. Wir haben 10 Millionen Euro zusätzlich für ihre Ausrüstung gefordert. Stattdessen finanzieren Sie über eine fragwürdige Fraktionsinitiative 2.000 Euro für eine Reise zur Fußballweltmeisterschaft in die USA. Meine Damen und Herren, das ist kein verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeldern. Im Sportbereich gilt das Gleiche. Die versprochene Erhöhung der Vereinspauschale bleibt aus. Stattdessen gibt es wieder Einzelprojekte über Fraktionsinitiativen.

Meine Damen und Herren, wir stehen als SPD zu unseren Blaulichtorganisationen. Bayern muss abwehrbereit sein – gerade in dieser Zeit. Genau deshalb brauchen wir nachhaltige Investitionen statt kurzfristiger Einzelmaßnahmen. Wir brauchen echte Wertschätzung bei Besoldung und Ausstattung. Wir brauchen einen Haushalt, der

sich an den realen Herausforderungen orientiert. Dieser Haushaltsentwurf tut es aus unserer Sicht nicht. Deshalb lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Holger Dremel für die CSU-Fraktion das Wort.

Holger Dremel (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, meine Damen und Herren! Mit jährlich über einer Milliarde Euro für die Polizei, für Feuerwehr, für Rettung und Katastrophenschutz – –

(Zurufe: Das Mikrofon ist ausgefallen!)

– Ich könnte auch ohne das Mikrofon sprechen. – Jetzt funktioniert das Mikrofon wieder. Ja, Bayern ist das sicherste Land mit der niedrigsten Kriminalitätsbelastung, mit einer hohen Aufklärungsquote und einer geringen Wahrscheinlichkeit, Opfer einer Straftat zu werden. Der Herr Staatsminister wird dazu später noch ausführen.

Ich beginne meine Ausführungen mit dem Hinweis, dass wir jährlich eine Milliarde Euro für die Polizei, für die Feuerwehr, für die Rettung und für den Katastrophenschutz ausgeben. Meine Damen und Herren, wir verlängern damit das Sicherheitsversprechen in die Zukunft.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir investieren in moderne Streifenwagen, bessere Schutzausrüstung, digitale Funktechnik und gut ausgestattete Leitstellen, damit unsere Sicherheitsbehörden im Ernstfall schnell und wirksam einschreiten können. Meine Damen und Herren, Bayern ist und bleibt Sicherheitsland Nummer eins. Daran werden auch die Äußerungen der Opposition nichts ändern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in zwei Monaten, am 18. Juli 2026 – diesen Termin sollten Sie sich jetzt schon vormerken –, feiern wir ein ganz besonderes Fest, das viele von Ihnen und viele Bürgerinnen und Bürger noch nicht auf dem Schirm haben. Dieses Fest ist aber ein besonderer Anlass und für alle Menschen in Bayern von besonderer Bedeutung. Der Anlass dieses Festes ist die Sicherheit der Menschen in Bayern. Am 18. Juli 2026 findet nämlich im Innenministerium und auf den umliegenden Straßen ein großes Fest zum 80-jährigen Jubiläum der bayerischen Polizei statt. Dieses große Fest veranstalten wir, weil die 80 Jahre bayerischer Polizei eine große Erfolgsgeschichte sind. Sie sind eine Erfolgsgeschichte für alle Bürgerinnen und Bürger in Bayern; denn sie sind es, die von der hervorragenden Arbeit unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten profitieren. Deshalb findet das Fest auch mit einer großen Roadshow draußen statt. Ich lade alle ein, das Fest zu genießen. Man wird viele Einblicke in die spannenden Aufgaben der Polizei erhalten. Man wird viele historische und moderne Polizeifahrzeuge sehen. Es wird Aktionen für die ganze Familie und alle Generationen geben.

Meine Damen und Herren, jetzt möchte ich zu unserem Haushalt, dem Einzelplan 03, zurückkehren. Mit den hohen Ausgaben für unsere Polizei auch in diesem Doppelhaushalt zeigen wir wieder einmal, dass die Sicherheit der Menschen in Bayern für uns auch in Zukunft höchste Priorität hat. Das bedeutet: Nirgendwo genießen die Bürgerinnen und Bürger eine höhere Sicherheit als hier bei uns in Bayern. Das soll und wird nach unserem Willen, nach dem Willen der Christlich-Sozialen Union und der FREIEN WÄHLER, auch in Zukunft so bleiben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb haben wir in diesem Doppelhaushalt wieder eine personelle Stärkung der bayerischen Polizei mit 200 neuen Stellen beschlossen. Wir wollen das sicherste Bundesland bleiben. Unsere Polizei muss die zahlreichen Aufgaben auch weiterhin personell bewältigen können. Ich nenne als Beispiel das Thema Cyberkriminalität. Sie alle wissen: Immer mehr Straftaten werden in diesem Bereich verzeichnet.

Erfreulicherweise können wir im Einzelplan 03 an einigen Stellen Mittel einsparen. Der Kollege Artmann hat es bereits erwähnt: In den nächsten beiden Jahren sinken unsere Ausgaben beispielsweise bei der Unterbringung von Asylbewerbern. Um 9,1 Millionen Euro gehen die zugehörigen Kosten zurück. Im Jahr 2025 waren es noch 51 Millionen Euro; im Jahr 2026 werden es nur noch 41,9 Millionen Euro sein.

Meine Damen und Herren, um die betroffenen Menschen so gut wie möglich zu integrieren, haben wir mit Karl Straub nicht nur einen hervorragend arbeitenden Integrationsbeauftragten, sondern wir investieren auch kräftig. Wir investieren, nicht, wie die Opposition es behauptet, zu wenig, nein. 52,4 Millionen Euro werden es in diesem Jahr sein; 2027 werden es 80,4 Millionen Euro sein.

Ich sagte es bereits: Bei der Unterbringung von Asylbewerbern und sonstigen Ausländern wirkt sich die Bundespolitik, wirken sich die Maßnahmen dieser Bundesregierung aus.Wir haben einen deutlichen Rückgang, und deswegen sinken diese Ausgaben gegenüber 2025 um 280,7 Millionen Euro. Das sind sehr erfreuliche Zahlen, die klar zeigen: Die Wende in der Migrationspolitik ist gelungen. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, diesen Kurs werden wir entschlossen fortsetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte abschließend wiederholen, dass wir in diesem und im kommenden Jahr jeweils rund 580 Millionen Euro für die Polizei und die Allgemeine Innere Verwaltung für weitreichende Verbesserungen im Bereich der inneren Sicherheit zur Verfügung stellen. Das sind erst einmal abstrakte Zahlen, keine Frage; aber es sind die Voraussetzungen dafür, dass unsere Polizistinnen und unsere Polizisten ihre Aufgaben erfüllen können. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal – in der Funktion als innenpolitischer Sprecher, aber auch als langjähriger Polizeibeamter – den Kolleginnen und Kollegen der bayerischen Polizei herzlich für ihre Arbeit danken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

In den Dank möchte ich auch unseren lang gedienten hervorragenden Staatsminister des Innern Joachim Herrmann mit einbeziehen. Lieber Joachim, du bist Mister Sicherheit und machst eine hervorragende Arbeit für Bayern. Auch an dieser Stelle an unseren Minister noch einmal herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Damit Sicherheit gelingt, ist natürlich die Vernetzung mit vielen Behörden notwendig, und deswegen danke ich auch allen, die an der Sicherheitsarchitektur mitarbeiten und die dazu beitragen, dass nicht nur über die Polizei die innere Sicherheit, sondern die gesamte Sicherheit gewährleistet wird. Herzlichen Dank an die in der Sicherheitsarchitektur Tätigen und an die Kolleginnen und Kollegen der Allgemeinen Inneren Verwaltung, die oft vergessen werden.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Polizistinnen und Polizisten brauchen vor allem eines: Sie brauchen Rückendeckung. Wenn einmal etwas passiert ist, hauen wir sie nicht gleich in die Pfanne. Das machen die Bayerische Staatsregierung und unser Innenminister hervorragend, und so kann die Polizei auch die hervorragende und qualitativ gute Arbeit leisten, die sie leistet, und deswegen sage ich: Kraft voraus für diesen Einzelplan! Nummer eins bei der Sicherheit – das ist Bayern, und wir werden das auch in Zukunft weiter fortschreiben.

Meine Damen und Herren, ich will am Schluss noch ganz kurz auf die Änderungsanträge und auf alles, was hier von der Opposition geschildert worden ist, eingehen: Bei der AfD – klar – geht es nur um Flüchtlinge. Darauf will ich gar nicht eingehen, weil das sehr einseitig ist.

Lieber Kollege Lindinger von den FREIEN WÄHLERN, das Drohnenkompetenz- und -abwehrzentrum wird demnächst, am 4. Mai, eingeweiht. Das nimmt wirklich eine Vorreiterrolle ein. Ja, das braucht Bayern, und da gehen wir nach vorne.

Liebe Kollegen der GRÜNEN, ihr könnt diesem Haushalt gerne zustimmen, weil wir im Bereich Schießanlagen etwas getan haben. Kollege Siekmann, du darfst mir zustimmen. Ich sehe einmal – ich werde dich an Taten messen –, ob ihr zustimmt. Übrigens verdient der Polizeibeamte rund 3.000 Euro. Ich kann das aus Erfahrung sagen. Mein Sohn ist lediger Polizeibeamter in der Besoldungsgruppe A 9 beim Polizeipräsidium München und wohnt auch hier. Die Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten – zum Lernen, Herr Kollege – haben wir auf 5 Euro verdoppelt.

(Zuruf der Abgeordneten Christiane Feichtmeier (SPD))

Es gibt auch noch eine Polizeizulage und ganz viele andere Zuwendungen, die die Wertschätzung unserer Polizei gegenüber zeigen.

Danke für die Aufmerksamkeit. Stimmen Sie unserem Einzelplan zu. Die Anträge der anderen lehnen wir ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist Kollege Jörg Baumann für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Jörg Baumann (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kollegen! Kollege Dremel, selbstverständlich geht es hier vor allem auch um das Thema Asyl; denn wie sagte ein CSU-Innenminister einmal: "Die Migrationsfrage ist die Mutter aller politischen Probleme in diesem Land."

(Holger Dremel (CSU): Für euch schon, ja! Für euch schon!)

Die Ausgaben sind mittlerweile auf 8,65 Milliarden Euro gestiegen. Über 5,3 Milliarden Euro dieses Doppelhaushalts fließen alleine in den Zuwanderungs- und Integrationsfonds; aber für die Beamten, die die Auswirkungen der illegalen Massenmigration ausbaden müssen, ist kein Geld da. Das ist wohl eine besondere Art der CSU, sich zu

bedanken. Insgesamt wurden seit 2015 vermutlich 55 bis 75 Milliarden Euro für Asyl und Integration – ohne die wichtigen Gefängniskosten – ausgegeben. Laut Ipsos-Unternehmen ist die größte Sorge für 33 % der Bevölkerung die Einwanderung und für 32 % die Kriminalität. Die Grenzöffnung von 2015 ist für Bayern eine Katastrophe.

Weil wir als AfD-Fraktion auf die Bürger hören und weil wir Bayern zukunftsfähig machen wollen, haben wir wichtige Anträge eingebracht: Wir fordern die Umbenennung des Innenministeriums in Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Remigration.

(Beifall bei der AfD – Holger Dremel (CSU): So ein Schmarrn!)

Damit diese Remigration auch umgesetzt wird, beantragen wir 3,1 Millionen Euro jährlich für ein Bayerisches Zentrum für Remigration und 5 Millionen Euro für die Asyl-, Fahndungs- und Abschiebegruppe, kurz AFA. Diese Organisationen finanzieren sich selbst; denn wir wollen Afghanistan, Syrien und weitere Staaten als sichere Herkunftsländer anerkennen und Zehntausende Menschen in ihre Heimat bringen.

(Florian von Brunn (SPD): Gehen Sie doch selber in dieses sichere Herkunftsland!)

– Sie sind doch für eine Familienzusammenführung. Das wollen wir doch auch, bloß halt woanders.

(Heiterkeit bei der AfD)

Damit sparen wir jährlich Milliarden Euro. Weg mit dem Integrationsfonds, her mit der AFA und dem Bayerischen Zentrum für Remigration. Wir haben einen klaren Kurs für ein besseres Bayern.

Wir beantragen die modernste Polizei Deutschlands. Die bayerische Polizei soll die Garde aller deutscher Polizeien bleiben: technisch überlegen, bestausgerüstet und zukunftssicher. Ich bin dankbar, dass unsere Polizisten jeden Tag auf unseren Straßen

unterwegs sind und ihr Leben riskieren. Ich weiß, wie hart dieser Job nicht nur für die Beamten, sondern auch für ihre Familien ist. Es bleibt jeden Tag die Ungewissheit, ob der Partner a) gesund und b), ob er überhaupt nach Hause kommt.

Unsere Polizeibeamten verdienen die beste Ausrüstung, den bestmöglichen Schutz, und genau das beantragen wir. Deshalb fordern wir flächendeckend Taser für jeden Streifenwagen. Das schützt unsere Beamten und Bürger gleichermaßen. Wir beantragen eine umfangreiche Drohnenunterstützung bei jedem relevanten Einsatz unserer Polizei. Wenn Diebe, Räuber oder Gewalttäter unterwegs sind, ist eine Drohne oft schneller vor Ort als ein Streifenwagen. Moderne und schnelle Luftaufklärung liefert den ankommenden Einsatzkräften wichtige Informationen. Sie liefert Echtzeitaufnahmen, sichert Beweise und unterstützt die Einsatzkräfte aus der Luft.

Wir setzen uns außerdem für moderne Polizeigebäude ein. Viele Inspektionen haben bauliche Mängel. Das haben wir vorhin schon gehört. Ich nenne immer mein Lieblingsbeispiel, meine eigene Polizeiinspektion, die Polizeiinspektion Aschaffenburg. Wir stellen ausreichende Mittel bereit, damit die Beamten in zeitgemäßen, funktionalen und sicheren Quartieren arbeiten können: keine Provisorien mehr, stattdessen hochmoderne Gebäude mit neuester Technik.

Weitere wichtige Punkte unserer Anträge sind: Wir schaffen deutlich mehr Stellen beim Landeskriminalamt und bei der Landespolizei. Wir geben zusätzlich 15 Millionen Euro für die Verwaltungsgerichte aus. Allein von Januar bis Oktober 2023 gab es in Bayern 42.996 Asylanträge, davon über 40.000 Erstanträge. Die Gerichte sind hoffnungslos überlastet. Zusätzliches Personal räumt diese Abschiebehindernisse endlich aus dem Weg. Wir sorgen endlich für sinkende Kriminalitätszahlen, damit unsere bayerischen Bürger ruhig schlafen können. Stimmen Sie unseren Anträgen zu, damit wir Bayern gemeinsam sicher machen.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist Kollege Bernhard Heinisch für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Bernhard Heinisch (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir heute über den Haushalt sprechen, dann reden wir nicht nur über Zahlen. Wir reden über Sicherheit, über Verlässlichkeit und über die Menschen, die jeden Tag bereit sind, für andere einzustehen. Gerade im Bereich Brandschutz und Feuerwehr zeigt sich, wie wichtig eine solide und vorausschauende Finanzierung ist.

Für die Feuerwehren in Bayern stehen im Jahr 2026 insgesamt 132,4 Millionen Euro und im Jahr 2027 sogar 135 Millionen Euro zur Verfügung, vollständig finanziert aus der Feuerschutzsteuer. Das ist ein starkes Signal. Es zeigt: Wir stehen zu unseren Feuerwehren. Wir wissen, dass moderne Ausrüstung, gute Ausbildung und leistungsfähige Feuerwehrschulen keine Selbstverständlichkeit sind, sondern kontinuierliche Investitionen erfordern.

Meine Damen und Herren, Geld alleine reicht aber nicht. Es kommt darauf an, wie wir es einsetzen. Unsere Feuerwehrschulen müssen nicht nur baulich auf dem neuesten Stand sein, sondern auch inhaltlich. Die Anforderungen steigen: neue Technologien, alternative Antriebe, komplexe Einsatzlagen.Darauf müssen wir unsere Einsatzkräfte vorbereiten – praxisnah, effizient und zukunftsorientiert.

Auch im Rettungsdienst und im Katastrophenschutz sehen wir Verschiebungen. Die Ausgaben sinken hier 2026 zunächst auf rund 79,1 Millionen Euro unter anderem durch auslaufende Programme. 2027 steigen sie wieder auf 81,9 Millionen Euro. Zusätzlich stehen einmalig 20 Millionen Euro aus dem Sondervermögen des Bundes zur Verfügung. Das ist hilfreich. Wir müssen aber auch ehrlich sagen: Einmalige Mittel ersetzen keine nachhaltige Strukturfinanzierung. Gerade im Katastrophenschutz, wo wir uns auf zunehmende Extremwetterereignisse einstellen müssen, brauchen wir eine langfristige Planungssicherheit. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass wir hier nicht nachlassen dürfen.

Ein kurzer und wichtiger Blick auf die Sportförderung: Über 100 Millionen Euro jährlich zeigen, dass wir auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Blick haben. Vereine leisten eine unschätzbare Arbeit nicht nur im sportlichen, sondern auch im sozialen Bereich, und Investitionen in Sportstätten und Vereinsstrukturen sind Investitionen in unsere Gemeinschaft.

Zurück zur Feuerwehr und zum Katastrophenschutz: Unser Anspruch als FREIE WÄHLER ist klar. Wir wollen starke Strukturen vor Ort. Wir wollen gut ausgestattete Einsatzkräfte.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir wollen Entscheidungen, die nicht nur auf Sicht fahren, sondern die langfristig tragen.

Deshalb werden wir genau darauf achten, dass die bereitgestellten Mittel zielgerecht für eine moderne Ausbildung, für eine funktionierende Infrastruktur und für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in ganz Bayern eingesetzt werden. Wir bitten daher um Zustimmung, um auch das Ehrenamt dementsprechend würdigen zu können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU sowie des Staatsministers Thorsten Glauber und des Staatssekretärs Tobias Gotthardt)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Kollege Siekmann hat noch eine Zwischenbemerkung.

Florian Siekmann (GRÜNE): Herr Kollege Heinisch, Sie haben mit der Würdigung des Ehrenamtes so passend geendet. Der Staatssekretär sagte im letzten Jahr, sie würden ein wenig Zeit für das Thema Helfergleichstellung benötigen. Meine Frage an Sie lautet daher: Wie viel Zeit gestehen Sie beim Thema Helfergleichstellung noch zu? Wann wollen Sie das politisch endlich auf den Weg bringen für die ganzen Einsatzkräfte, die bei den gemeinnützigen Hilfsorganisationen tätig sind und am Ende

die ganzen Aufgaben, das ganze Gerät – also all das, worüber wir jetzt sozusagen finanziell sprechen – in die Umsetzung bringen müssen?

(Zuruf von der CSU: So lange wir halt brauchen, um das gut zu machen!)

Bernhard Heinisch (FREIE WÄHLER): – Genau. – Vielen Dank, Herr Siekmann, für die Nachfrage. Wir lassen uns da Zeit. Es soll natürlich so schnell wie möglich gehen. Aber bei uns passt es. Es funktioniert im Gegensatz zu anderen Sachen, die Sie schnell von heute auf morgen umsetzen wollen, was niemals funktioniert, ideologisch oder sonst irgendetwas ist. Wir stehen zu unserem Ehrenamt, und das soll vernünftig sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU sowie des Staatsministers Thorsten Glauber)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Für die Staatsregierung erteile ich Herrn Staatsminister Joachim Herrmann das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich sehr herzlich für die sehr konstruktive Aussprache und insbesondere bei den Kollegen Artmann, Lindinger, Dremel und Heinisch für ihre klare Positionierung bei der Zusammenarbeit von CSU und FREIEN WÄHLERN für eine starke Sicherheitspolitik in unserem Land. Ein herzliches Dankeschön aber auch an den Haushaltsausschuss, der den vorliegenden Haushalt des Innenministeriums intensiv beraten hat und zu sehr guten Ergebnissen gekommen ist.

Was Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, jetzt vorliegt, stellt eine solide finanzielle Grundlage für unsere Politik der Sicherheit durch Stärke in Bayern dar, die wir konsequent fortsetzen wollen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie des Staatssekretärs Tobias Gotthardt)

Diese Politik ist in zweierlei Hinsicht erfolgreich. Einerseits können wir das objektiv feststellen. Dabei denke ich daran, dass der Bundesinnenminister vorgestern die bundesweiten Zahlen der Kriminalstatistik vorgestellt hat und Bayern nach den Feststellungen des Bundeskriminalamts im vergangenen Jahr erneut das Land mit der niedrigsten Kriminalitätsbelastung aller 16 Bundesländer gewesen ist. Das ist die objektive Messung, die wir feststellen können, wenn das Bundeskriminalamt alljährlich diese Zahlen veröffentlicht, und das ist auch ein Leistungsbeweis für die Sicherheit in unserem Land, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Andererseits muss man die subjektive Einschätzung sehen. Ich erinnere an die vor einigen Wochen vom Bayerischen Rundfunk veranlasste und von Infratest dimap durchgeführte Umfrage über die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger Bayerns bei sieben, acht verschiedenen Themenfeldern. Einsam an der Spitze aller Themenfelder und mit Blick auf die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger lag die Frage nach Sicherheit und Ordnung.

Bei dieser Umfrage wurden, was auch weit überdurchschnittlich ist, über 3.500 Bürgerinnen und Bürger in Bayern befragt, und 79 % der Befragten erklärten, mit der Sicherheit und Ordnung in Bayern zufrieden oder gar sehr zufrieden zu sein. Das ist der subjektive Beweis dafür, dass unsere Sicherheitspolitik richtig ist und bei den Menschen in unserem Land gut ankommt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie des Staatsministers Thorsten Glauber und des Staatssekretärs Tobias Gotthardt)

Mir ist auch wichtig: Mit diesem Haushalt können wir nun die ersten Anzeichen dafür feststellen, dass die Trendwende in der Migrationspolitik erfolgreich ist. Ich möchte an dieser Stelle dem Bundesinnenminister Alexander Dobrindt herzlich dafür danken, dass er in seinem Bereich das umsetzt, was vor den Bundestagswahlen versprochen wurde, und die neuen Flüchtlingszahlen in der Tat massiv zurückgegangen sind. Wir

haben im vergangenen Jahr 2025 erstmals seit etlichen Jahren wieder mehr Flüchtlinge zum Verlassen Bayerns gebracht. Das waren Flüchtlinge, die nicht anerkannt wurden, die keinen Job gefunden haben, die nicht richtig Deutsch sprechen oder die gar schwere Straftaten begangen haben.

Es haben mehr Flüchtlinge Bayern wieder verlassen, als neue hinzugekommen sind,

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie des Staatssekretärs Tobias Gotthardt)

und dieser Trend setzt sich in den ersten Monaten dieses Jahres offensichtlich fort. Wir können deshalb feststellen: Im vergangenen Jahr 2025 betrugen die Gesamtausgaben für Asyl und Migration noch 2,4 Milliarden Euro. Für das kommende Jahr 2027 gehen wir von nur noch 1,9 Milliarden Euro aus. Das sind immerhin 500 Millionen Euro weniger im Jahr. Das heißt, was sich hier geändert hat, macht sich bemerkbar,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

und wir können 500 Millionen Euro mehr für das ausgeben, was für die Zukunft unseres Landes wichtig ist. Damit zeigt sich: Wir sind auf dem richtigen Weg. Genau das wollen wir konsequent fortsetzen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, insgesamt sind für das Innenressort, für das Ministerium des Innern, für Sport und Integration, 8,6 Milliarden Euro für dieses Jahr und 8,7 Milliarden Euro für das kommende Jahr veranschlagt. Das beinhaltet viele Investitionen, viele Baumaßnahmen, eine ordentliche Kfz-Ausstattung für Polizei und Feuerwehr, eine Ausstattung mit Schutzausrüstungen, Bewaffnung und vieles mehr.

Ich möchte aber ausdrücklich hervorheben: Der größte Posten sind in diesem genauso wie im nächsten Jahr weiterhin mit jeweils über 5 Milliarden Euro die Ausgaben für die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, für die Kolleginnen und Kollegen

der Polizei, der Feuerwehrschulen, der Regierungen, der Landratsämter, der Verwaltungsgerichte usw. Denn wir können noch so viel Sachmittelbeschaffung durchführen, aber entscheidend ist, damit Sicherheit in diesem Land stattfindet, dass die Staatsverwaltung ordentlich funktioniert, dass wir eine bürgernahe, eine gute und eine schnell handelnde Verwaltung haben.

Das Entscheidende ist also die Arbeit, die Leistung der Kolleginnen und Kollegen in allen diesen Dienststellen. Deshalb sage ich ihnen ein herzliches Dankeschön. Das gilt für die Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei, für die Richterinnen und Richter am Verwaltungsgericht, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an jedem Landratsamt, an jeder Regierung und an vielen weiteren Behörden. Auf sie können wir uns verlassen, und sie leisten letztendlich das, was den Staat in unserem Land ausmacht. Vielen herzlichen Dank für Ihr Engagement!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich beziehe in diesen Dank ausdrücklich auch diejenigen ein, die sich über diese bei uns hauptberuflich angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hinaus ehrenamtlich engagieren.Das ist zum Beispiel die große Mehrheit bei den Feuerwehren. Das sind viele Kameradinnen und Kameraden bei den Rettungsdiensten. Das sind aber auch unzählig viele begeisterte Ehrenamtliche in den Sportvereinen; denn das eine sind die sportlich Aktiven, das andere ist, dass wir auch Trainer brauchen und Leute im Sportverein dafür die Verantwortung tragen müssen, dass die Kasse stimmt und dass richtig organisiert wird. Das wird häufig übersehen. Es kommt nicht nur auf die sportlichen Erfolge an. Es ist auch wichtig, dass wir Menschen haben, die bereit sind, all diese Alltagsarbeit zu leisten. Das sind bei den allermeisten Sportvereinen auch Ehrenamtliche. Auch dafür ein ganz herzliches Dankeschön!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Beifall des Staatsministers Dr. Florian Herrmann)

Summa summarum: In Bayern leben heißt, sicherer leben. Das ist schon länger so, das soll auch so bleiben. Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem vorliegenden Haushaltsentwurf. Damit können wir weiter eine erfolgreiche Politik für unsere bayerische Heimat gestalten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Beifall des Staatsministers Dr. Florian Herrmann sowie des Staatsministers Albert Füracker)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Wir haben noch zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung, zunächst Kollege Köhler, AfD-Fraktion.

Florian Köhler (AfD): Herr Innenminister, ich habe vor ein paar Tagen ein Posting gelesen und logischerweise auch überprüft. Mich würde Ihre Meinung dazu interessieren: Circa 38.000 Japaner leben in Deutschland. In einem Jahr haben die zwei Gewaltverbrechen in Deutschland begangen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Im gleichen Jahr haben Algerier, die mit 25.000 Personen hier in Deutschland leben, 1.729 Gewaltstraftaten begangen, also 13.000 weniger Menschen, aber 1.727 mehr Gewaltstraftaten. Wie erklären Sie sich als Innenminister diese Diskrepanz?

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Unsere Statistiken sind nicht dazu da, um irgendetwas zu erfinden, sondern sie geben die Realität wieder. Das ist genau so; so haben wir auch für Bayern die entsprechenden Zahlen objektiv dargestellt. Wir haben noch nie irgendetwas von diesen Problemen unter den Tisch gekehrt. Deshalb habe ich klar erklärt, dass eine Wende in der Migrationspolitik notwendig war, für die wir uns auch hier in diesem Hohen Haus in den letzten Jahren immer wieder gemeinsam eingesetzt haben. Die entfaltet jetzt ihre Wirkung. Ich bin sicher, dass sich das innerhalb eines überschaubaren Zeitraums in diesen Kriminalitätszahlen bemerkbar machen wird.

Ich sage es noch einmal: An der Spitze unserer Abschiebemaßnahmen steht, solche Menschen, die sich hier schwer strafbar machen, die schwere Straftaten begehen und eine ausländische Herkunft haben, so schnell wie möglich zum Verlassen unseres Landes zu bringen. Wer schwere Straftaten in unserem Land begeht, hat nichts mehr bei uns zu suchen. Der muss zum Verlassen unseres Landes gebracht werden.

Das ist unsere klare Politik. Wir setzen sie um, konsequenter als andere. Deshalb bin ich sicher, dass wir auch hier einen positiven Erfolg erzielen werden. Ich darf nur darauf hinweisen: Trotz dieser Entwicklungen, die in diesen Zahlen zum Ausdruck kommen, ist es so, wie vorhin bereits angesprochen worden ist. Rein in der Gesamtzahl ist die Zahl der Straftaten in den vergangenen Jahren in Bayern trotzdem niedriger gewesen als in den letzten 40 Jahren. Das ist die Realität. Das müssen Sie immer dazusagen, wenn Sie einzelne Zahlen herausgreifen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Beifall des Staatsministers Dr. Florian Herrmann sowie des Staatsministers Albert Füracker)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Kollege Siekmann, bitte.

Florian Siekmann (GRÜNE): Herr Minister, Sie haben auch noch einmal die ehrenamtlichen Einsatzkräfte besonders hervorgehoben, auf die wir in Bayern in Krisen und Katastrophen bauen können. Deswegen auch hier noch einmal die Frage: Wann ist es so weit mit der Helfergleichstellung? Die Erste Lesung des Gesetzentwurfs ist jetzt über ein Jahr her.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir hatten eine Befragung mit Stellungnahmen der Hilfsorganisationen, die auch schon vor Längerem eingegangen sind. Jetzt ist die große Frage: Wann kommt der Bericht der Regierung an den Innenausschuss und dann auch möglicherweise ein Gesetzentwurf?

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Ich kann Ihnen heute noch keinen konkreten Zeitpunkt nennen, weil ich weniger Ankündigungsminister als Durchführungsminister bin.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Lachen bei der AfD, den GRÜNEN und der SPD)

Ich kann Ihnen versprechen: Sobald wir den Gesetzentwurf gemeinsam erarbeitet haben und er fertig ist, werde ich ihn hier im Landtag auch gerne einbringen oder unterstützen. Dann werden Sie sich sicherlich umfassend dazu äußern können.

(Zuruf von den GRÜNEN: Schön wäre es! – Harry Scheuenstuhl (SPD): Sollen wir Ihnen helfen?)

– Lieber Herr Kollege, ich bin für jede konstruktive Unterstützung immer dankbar.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU sowie der FREIEN WÄHLER)

Selbstverständlich können Sie dabei mithelfen, aber das Ganze wird entsprechend vorangebracht. Das ändert aber, ich sage das noch einmal, nichts daran, dass wir großen Dank für das empfinden, was die Kolleginnen und Kollegen, unter welchen Bedingungen auch immer, in der Tat bereits jetzt an ehrenamtlichem Engagement leisten. Sie tun das ungeschmälert und mit großer Begeisterung. Dafür sind wir dankbar. Genau das wollen wir auch in Zukunft bestmöglich unterstützen.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027, Einzelplan 03, sowie die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/10513 mit 19/10594, 19/10626 und 19/10627, 19/10655 mit 19/10662 sowie 19/10804 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 19/11323 zugrunde.

Zunächst kommen wir zur angekündigten namentlichen Abstimmung über drei Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt alle drei Änderungsanträge zur Ablehnung.

Ich beginne mit der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Überstundenabbau bei der Polizei" auf Drucksache 19/10513. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 15:06 bis 15:09 Uhr)

Die drei Minuten sind um, und ich schließe die Abstimmung.

Es folgt die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Anhebung der Mittel für Vereinspauschale" auf Drucksache 19/10515. Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten. Ich gebe die Abstimmung nun frei.

(Namentliche Abstimmung von 15:09 bis 15:11 Uhr)

Die zwei Minuten sind um, und ich schließe die Abstimmung.Als Nächstes kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Vollständige Helfergleichstellung für ehrenamtliche Einsatzkräfte in Rettungsdienst und Katastrophenschutz" auf Drucksache 19/10525. Auch hier beträgt die Abstimmungszeit zwei Minuten. Ich gebe die Abstimmung frei.

(Namentliche Abstimmung von 15:12 bis 15:14 Uhr)

Auch diese zwei Minuten sind um, und ich schließe die Abstimmung. Ich bitte, die Plätze einzunehmen. Wir kommen noch zu einfachen Abstimmungen, während das Abstimmungsergebnis ermittelt wird.

Ich fahre fort mit der Abstimmung über den eingangs erwähnten

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Polizeidienststellen sanieren" auf Drucksache 19/10532. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt auch diesen Antrag zur Ablehnung.

Wer entgegen diesem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Bei Gegenstimmen der CSU-Fraktion, der Fraktion der FREIEN WÄHLER und der AfD-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich gebe die Ergebnisse der vorhin durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt.

Zunächst der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Überstundenabbau bei der Polizei" auf Drucksache 19/10513: Mit Ja haben 39 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 115. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 12)

Als Nächstes gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, betreffend "Anhebung der Mittel für Vereinspauschale", auf Drucksache 19/10515 bekannt. Mit Ja haben 37 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 116. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 13)

Ich komme noch zum Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Vollständige Helfergleichstellung für ehrenamtliche Einsatzkräfte in Rettungsdienst und Katastrophenschutz" auf Druck-

sache 19/10525. Mit Ja haben 39 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 117. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 14)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 03. Dieser wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 19/11323 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 03 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich ebenso anzuzeigen. – Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD-Fraktion und die AfD-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 03 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 15)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> "Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2026/2027 vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Stimmenthaltungen? – Gegenstimmen? – Keine. Damit ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 19/11323, weise ich darauf hin, dass auch die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/10574 mit 19/10594, 19/10626 und 19/10627, 19/10655 mit 19/10662 sowie 19/10804 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 03 ist abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 22.04.2026 zu Tagesordnungspunkt 10: Haushaltsplan 2026/2027; Einzelplan 03 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration (Drs. 19/11323); Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 19/10513)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Dieter		X	
Arnold Horst			
Artmann Daniel		X	
Atzinger Oskar		X	
Bäumler Nicole	X		
Bauer Volker		X	
Baumann Jörg		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Baur Konrad			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Becher Johannes	X		
Beck Tobias			
Becker Barbara		X	
Dr. **Behr** Andrea			
Behringer Martin		X	
Beißwenger Eric			
Bergmüller Franz		X	
Bernreiter Christian			
Birzele Andreas	X		
Blume Markus			
Böhm Martin			
Böltl Maximilian		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
von **Brunn** Florian	X		
Dr. **Brunnhuber** Martin		X	
Dr. **Büchler** Markus	X		
Celina Kerstin	X		
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren			
Dierkes Rene		X	
Dierl Franc		X	
Dr. **Dietrich** Alexander		X	
Dietz Leo		X	
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Eberwein Jürgen		X	
Dr. **Ebner** Stefan			
Ebner-Steiner Katrin		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann			
Fackler Wolfgang		X	
Fehlner Martina	X		
Feichtmeier Christiane	X		
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Freudenberger Thorsten		X	
Friedl Patrick	X		
Friesinger Sebastian		X	
Frühbeißer Stefan		X	
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Gerlach Judith			
Gießübel Martina		X	
Glauber Thorsten			
Gmelch Christin		X	
Goller Mia	X		
Gotthardt Tobias		X	
Graupner Richard		X	
Grießhammer Holger			
Grob Alfred		X	
Groß Johann		X	
Gross Sabine			
Grossmann Patrick		X	
Guttenberger Petra		X	
Halbleib Volkmar	X		
Halemba Daniel			
Hanna-Krahl Andreas	X		
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Heinisch Bernhard		X	
Heisl Josef		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Hierneis Christian	X		
Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Martin		X	
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas			
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul	X		
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian		X	
Kohler Jochen		X	
Koller Michael			
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva			
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan		X	
Dr. **Loibl** Petra			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. **Mehring** Fabian			
Meier Johannes			
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter			
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia	X		
Preidl Julian			
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus	X		
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus			
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef			
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich			
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin			
Stolz Anna			
Storm Ramona			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Striedl Markus			
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von **Waldenfels** Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. **Weigand** Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von **Zobel** Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	39	115	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 22.04.2026 zu Tagesordnungspunkt 10: Haushaltsplan 2026/2027; Einzelplan 03 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration (Drs. 19/11323); Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Maximilian Deisenhofer u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 19/10515)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Dieter		X	
Arnold Horst			
Artmann Daniel		X	
Atzinger Oskar		X	
Bäumler Nicole	X		
Bauer Volker		X	
Baumann Jörg		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Baur Konrad			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Becher Johannes	X		
Beck Tobias			
Becker Barbara		X	
Dr. **Behr** Andrea			
Behringer Martin		X	
Beißwenger Eric			
Bergmüller Franz		X	
Bernreiter Christian			
Birzele Andreas	X		
Blume Markus			
Böhm Martin			
Böltl Maximilian		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
von **Brunn** Florian			
Dr. **Brunnhuber** Martin		X	
Dr. **Büchler** Markus	X		
Celina Kerstin	X		
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren			
Dierkes Rene		X	
Dierl Franc		X	
Dr. **Dietrich** Alexander		X	
Dietz Leo		X	
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Eberwein Jürgen		X	
Dr. **Ebner** Stefan			
Ebner-Steiner Katrin		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann			
Fackler Wolfgang		X	
Fehlner Martina	X		
Feichtmeier Christiane	X		
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Freudenberger Thorsten		X	
Friedl Patrick	X		
Friesinger Sebastian		X	
Frühbeißer Stefan		X	
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Gerlach Judith			
Gießübel Martina		X	
Glauber Thorsten		X	
Gmelch Christin		X	
Goller Mia	X		
Gotthardt Tobias		X	
Graupner Richard		X	
Grießhammer Holger			
Grob Alfred		X	
Groß Johann		X	
Gross Sabine			
Grossmann Patrick		X	
Guttenberger Petra		X	
Halbleib Volkmar	X		
Halemba Daniel			
Hanna-Krahl Andreas	X		
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Heinisch Bernhard		X	
Heisl Josef		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Hierneis Christian	X		
Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Martin		X	
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas			
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul	X		
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian			
Kohler Jochen		X	
Koller Michael			
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan		X	
Dr. **Loibl** Petra			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. **Mehring** Fabian			
Meier Johannes			
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth			
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter			
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia	X		
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus	X		
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus			
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas			
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef			
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich			
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna			
Storm Ramona			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Striedl Markus			
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von **Waldenfels** Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland		X	
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von **Zobel** Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	37	116	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 22.04.2026 zu Tagesordnungspunkt 10: Haushaltsplan 2026/2027; Einzelplan 03 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration (Drs. 19/11323); Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 19/10525)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Dieter		X	
Arnold Horst			
Artmann Daniel		X	
Atzinger Oskar		X	
Bäumler Nicole	X		
Bauer Volker		X	
Baumann Jörg		X	
Baumgärtner Jürgen			
Baur Konrad			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried			
Becher Johannes	X		
Beck Tobias			
Becker Barbara		X	
Dr. **Behr** Andrea			
Behringer Martin		X	
Beißwenger Eric			
Bergmüller Franz		X	
Bernreiter Christian			
Birzele Andreas	X		
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Böltl Maximilian		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
von **Brunn** Florian	X		
Dr. **Brunnhuber** Martin		X	
Dr. **Büchler** Markus	X		
Celina Kerstin	X		
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren			
Dierkes Rene		X	
Dierl Franc		X	
Dr. **Dietrich** Alexander		X	
Dietz Leo		X	
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Eberwein Jürgen		X	
Dr. **Ebner** Stefan			
Ebner-Steiner Katrin		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann			
Fackler Wolfgang		X	
Fehlner Martina	X		
Feichtmeier Christiane	X		
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Freudenberger Thorsten		X	
Friedl Patrick	X		
Friesinger Sebastian		X	
Frühbeißer Stefan		X	
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Gerlach Judith			
Gießübel Martina		X	
Glauber Thorsten		X	
Gmelch Christin		X	
Goller Mia	X		
Gotthardt Tobias		X	
Graupner Richard		X	
Grießhammer Holger			
Grob Alfred		X	
Groß Johann		X	
Gross Sabine			
Grossmann Patrick		X	
Guttenberger Petra		X	
Halbleib Volkmar	X		
Halemba Daniel			
Hanna-Krahl Andreas	X		
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Heinisch Bernhard		X	
Heisl Josef		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Hierneis Christian	X		
Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Martin		X	
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas			
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul	X		
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian		X	
Kohler Jochen		X	
Koller Michael			
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan		X	
Dr. **Loibl** Petra			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. **Mehring** Fabian			
Meier Johannes			
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter			
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia	X		
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus	X		
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus			
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef			
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich			
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna			
Storm Ramona			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Striedl Markus			
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von **Waldenfels** Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. **Weigand** Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von **Zobel** Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	39	117	0

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt **10**

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 03

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Überstundenabbau bei der Polizei
   (Kap. 03 02 neuer Tit.)
   Drs. 19/10513

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Kosten des Integrationsbeauftragten
   (Kap. 03 03 Tit. 536 02)
   Drs. 19/10514

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Anhebung der Mittel für Vereinspauschale
   (Kap. 03 03 Tit. 684 91)
   Drs. 19/10515

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Personelle Ausstattung der Verwaltungsgerichte verbessern
   (Kap. 03 06 Tit. 422 01)
   Drs. 19/10516

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Sprachkurse flächendeckend ermöglichen
   (Kap. 03 12 Tit. 684 58)
   Drs. 19/10517

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Zuschuss an die Medizinische und Trauma-Fachstelle für Geflüchtete der Stadt Nürnberg
   (Kap. 03 12 Tit. 685 54)
   Drs. 19/10518

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Psychosoziale Zentren nachhaltig finanziell sichern
   (Kap. 03 12 Tit. 685 54)
   Drs. 19/10519

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Keine weitere Finanzierung von Sicherheitswachten
   (Kap. 03 18 Tit. 427 76 u. 547 76)
   Drs. 19/10520

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Sanierung der Dienststellen der Landespolizei – kleine Baumaßnahmen
   (Kap. 03 18 Tit. 701 01)
   Drs. 19/10521

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Sanierung der Dienststellen der Landespolizei – staatlicher Hochbau
    (Kap. 03 18 Tit. 710 00)
    Drs. 19/10522

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Sanierung der Dienststellen der Bereitschaftspolizei – staatlicher Hochbau
    (Kap. 03 20 Tit. 710 00)
    Drs. 19/10523

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Sanierung der Dienststellen der Bereitschaftspolizei – kleine Baumaßnahmen
    (Kap. 03 20 Tit. 701 01)
    Drs. 19/10524

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Vollständige Helfergleichstellung für ehrenamtliche Einsatzkräfte in Rettungsdienst und Katastrophenschutz
    (Kap. 03 24 Tit. 671 03)
    Drs. 19/10525

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Sirenen-System in Bayern weiter ausbauen
(Kap. 03 24 Tit. 883 04)
Drs. 19/10526

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Arif Taşdelen, Christiane Feichtmeier u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Vereinspauschale erhöhen
(Kap. 03 03 Tit. 685 91)
Drs. 19/10527

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Horst Arnold, Christiane Feichtmeier u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Mehr Richterinnen und Richter an Verwaltungsgerichten nach jahrelangem Stillstand
(Kap. 03 06 Tit. 422 01)
Drs. 19/10528

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Arif Taşdelen, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Verstärkung der Kreisverwaltungsbehörden
(Kap. 03 09 Tit. 428 01)
Drs. 19/10529

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Horst Arnold, Christiane Feichtmeier u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Mittel für die Finanzierung von 10 neuen Stellen für das Landesamt für Datenschutzaufsicht
(Kap. 03 10 Tit. 422 01)
Drs. 19/10530

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Dienstkleidungszuschüsse erhöhen
(Kap. 03 18 Tit. 514 12)
Drs. 19/10531

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Polizeidienststellen sanieren
(Kap. 03 18 Tit. 701 01)
Drs. 19/10532

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: effektive Drohnenabwehr
(Kap. 03 18 Tit. 812 01)
Drs. 19/10533

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Unterstützung der Feuerwehren
(Kap. 03 23 Tit. 883 01)
Drs. 19/10534

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Katastrophenschutzlager ausbauen
(Kap. 03 24 Tit. 518 01)
Drs. 19/10535

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Bayern muss resilient sein – Katastrophenschutz stärken
(Kap. 03 24 Tit. 893 05)
Drs. 19/10536

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Arif Taşdelen, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD),
Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel u.a.
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Institutionelle Förderung einer Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY)
(Kap. 03 12 neue TG)
Drs. 19/10537

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Umbenennung des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration
(Kap. 03 01 neuer Tit.)
Drs. 19/10538

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung –
Kosten des Integrationsbeauftragten
(Kap. 03 03 Tit. 536 02)
Drs. 19/10539

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Bündnis für Toleranz
(Kap. 03 03 Tit. 547 07)
Drs. 19/10540

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Förderung der Ausreise von ausländischen Staatsangehörigen durch das Bund/Länder-Programm „REAG/GARP“
(Kap. 03 03 Tit. 671 01)
Drs. 19/10541

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Förderung der Rückkehrberatung sowie von Rückkehrförder- und Reintegrationsprojekten
(Kap. 03 03 Tit. 684 01)
Drs. 19/10542

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Ausrüstung der Bayerischen Polizei mit unbemannten Luftfahrtsystemen (Drohnen)
(Kap. 03 03 neuer Tit.)
Drs. 19/10543

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Maßnahmen zur Unterstützung des Engagements für Einsatzveteranen
(Kap. 03 03 neuer Tit.)
Drs. 19/10544

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Anschaffung von Schnittschutzschals für die Bayerische Polizei
(Kap. 03 03 neuer Tit.)
Drs. 19/10545

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Flächendeckende Ausstattung der Bayerischen Polizei mit Distanz-Elektroimpulsgeräten (DEIG/Taser)
(Kap. 03 03 neuer Tit.)
Drs. 19/10546

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Stellen an den Verwaltungsgerichten I:
Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 03 06 Tit. 422 01)
Drs. 19/10547

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Stellen an den Verwaltungsgerichten II: Entgelte der Arbeitnehmer (Kap. 03 06 Tit. 428 01)
Drs. 19/10548

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Aufbau der Asyl-, Fahndungs- und Abschiebegruppe (AFA) bei der Bayerischen Polizei (Kap. 03 11 neuer Tit.)
Drs. 19/10549

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Bayerisches Zentrum für Remigration (Kap. 03 11 neuer Tit.)
Drs. 19/10550

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Förderung von weiteren Integrationsangeboten im Sinne des § 45 AufenthG (Kap. 03 12 Tit. 684 52)
Drs. 19/10551

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds I: Beratung und Betreuung von Asylbewerbern, sonstigen Ausländern und bleibeberechtigten Zuwanderern (Kap. 03 12 TG 54 - 56)
Drs. 19/10552

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds II: Maßnahmen zur Erstorientierung, Wertevermittlung und Sprachförderung für Asylbewerber und sonstige Ausländer, bleibeberechtigte Zuwanderer sowie weitere Integrationsbedürftige (Kap. 03 12 TG 58)
Drs. 19/10553

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds III: Maßnahmen zur Förderung von Ausbildung und Arbeit im Bereich der Integration (Kap. 03 12 TG 61)
Drs. 19/10554

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds IV: Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände für Fachaufgaben, Wartung
(Kap. 03 13 Tit. 511 22)
Drs. 19/10555

44. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds V: Gemeinschaftsverpflegung und Verbrauchsmittel
(Kap. 03 13 Tit. 514 21 u. Kap. 03 13 Tit. 514 22)
Drs. 19/10556

45. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds VI: Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude, Räume
(Kap. 03 13 Tit. 517 01)
Drs. 19/10557

46. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds VII: Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft
(Kap. 03 13 Tit. 517 05)
Drs. 19/10558

47. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds VIII: Ausgaben für Sicherheit
(Kap. 03 13 Tit. 517 11)
Drs. 19/10559

48. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds IX: Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume
(Kap. 03 13 Tit. 518 01)
Drs. 19/10560

49. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds X: Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen
(Kap. 03 13 Tit. 519 01)
Drs. 19/10561

50. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds XI: Ausweichunterbringung (Kap. 03 13 Tit. 533 02)
Drs. 19/10562

51. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds XII: Maßnahmen zur Verbesserung der medizinischen Versorgung von Leistungsberechtigten nach dem AsylbLG u. Datenerfassung (Kap. 03 13 Tit. 534 02 u. 534 03)
Drs. 19/10563

52. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds XIII: Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Kap. 03 13 Tit. 633 01 u. Tit. 633 10)
Drs. 19/10564

53. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds XIV: Transportkosten für die Weiterleitung der Bewohner der Unterkünfte (Kap.03 13 Tit. 671 01)
Drs. 19/10565

54. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds XV: Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Kap. 03 13 Tit. 701 01)
Drs. 19/10566

55. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds XVI: Bezahlkarte (Kap. 03 13 Tit. 812 02 u. 812 35)
Drs. 19/10567

56. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds XVII: Erwerb von bebauten und unbebauten Grundstücken für die Asylunterbringung (Kap. 03 13 Tit. 821 01 u. 822 01)
Drs. 19/10568

57. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter beim Landeskriminalamt
(Kap. 03 17 Tit. 422 01)
Drs. 19/10569

58. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Stellen bei der Landespolizei I: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 03 18 Tit. 422 01)
Drs. 19/10570

59. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Stellen bei der Landespolizei II: Entgelte der Arbeitnehmer
(Kap. 03 18 Tit. 428 01)
Drs. 19/10571

60. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Neubau eines Dienstgebäudes für die Polizeiinspektion Aschaffenburg
(Kap. 03 18 neuer Tit.)
Drs. 19/10572

61. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Stellen bei der Bereitschaftspolizei – Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 03 20 Tit. 422 01)
Drs. 19/10573